

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

An den Präsidenten des Deutschen Bundestages – Parlamentssekretariat – Reichstagsgebäude 11011 Berlin HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)1888 681-1117 FAX +49 (0)1888 681-1019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM Zo. Juli 2007

Kleine Anfrage der Abgeordneten Bodo Ramelow u. a. und der Fraktion Die Linke.
Die Ausbildung von Rabbinern, Kantoren und Religionslehrern für das Judentum der liberalen und orthodoxen Richtung in Deutschland
BT-Drucksache 16/6028

Auf die Kleine Anfrage übersende ich namens der Bundesregierung die beigefügte Antwort in 5-facher Ausfertigung.

In Vertretung

Dr. August Hanning

14:27

Kleine Anfrage der Abgeordneten Bodo Ramelow u. a. und der Fraktion Die Linke

Die Ausbildung von Rabbinern, Kantoren und Religionslehrern für das Judentum der liberalen und orthodoxen Richtung in Deutschland

BT-Drucksache 16/6028

Antworten:

Vorbemerkung

Die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag haben es immer wieder begrüßt, dass in den vergangenen Jahren zahlreiche neue jüdische Gemeinden in Deutschland entstanden sind. Insbesondere die jüdische Zuwanderung aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion hat zu einem kräftigen Wachstum der jüdischen Gemeinschaft und zu einer religiösen Vielfalt sowie insgesamt zu einem Wiederaufblühen jüdischen Lebens in Deutschland geführt. Sichtbare Zeichen dieser erfreulichen Entwicklung sind beispielsweise die Errichtung neuer Synagogen, jüdischer Gemeindehäuser und Schulen. Dazu gehört auch die Möglichkeit, Rabbinerinnen und Rabbiner, jüdische Religionslehrer und Gemeindepersonal in Deutschland auszubilden. Diese Ausbildungen werden im Wesentlichen von der Hochschule für Jüdische Studien (HfJS) und dem Abraham Geiger Kolleg an der Universität Potsdam (AGK) angeboten.

Im Rahmen der Förderung der jüdischen Gemeinschaft erhalten beide Einrichtungen jährlich festzulegende Zuwendungen im Sinne des Bundeshaushaltsrechts nach den Vorgaben des Haushaltsgesetzgebers.

In diesem Zusammenhang sind die unterschiedlichen Ziele, Aufgaben und Rechtsgrundlagen beider Einrichtungen zu berücksichtigen. Die HfJS ist eine nach dem Recht des Landes Baden-Württemberg staatlich anerkannte Hochschule in der Trägerschaft des Zentralrats der Juden in Deutschland (ZdJ). Sie bietet mehrere Studiengänge an und besitzt in Kooperation mit der Universität Heidelberg das Promotionsrecht. In Vorbereitung sind Studiengänge, die neben der Grundausbildung für Rabbiner noch weitere Berufsfelder, wie Kantoren-, Jugendleiter- und Verwaltungstätigkeit in jüdischen Gemeinden oder Organisationen, eröffnen werden.

Das AGK ist eine gemeinnützige GmbH und ein An-Institut der Universität Potsdam. Als erstes Rabbinerseminar in Zentraleuropa nach 1945 bildet es Rabbinerinnen und Rabbiner aus. Ab 2008 wird das AGK zusätzlich ein Kantorenausbildungsprogramm anbieten.

- 2 -

Im Bewusstsein der besonderen geschichtlichen Verantwortung für das jüdische Leben in Deutschland sowie zur Festigung und Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zur jüdischen Gemeinschaft hat die Bundesrepublik Deutschland die Beziehungen zum Zentralrat der Juden in Deutschland (ZdJ), soweit sie in der Zuständigkeit des Bundes liegen, auf eine vertragliche Grundlage gestellt. Der ZdJ erhält für die im Vertrag vom 27. Januar 2003 genannten Zwecke eine jährliche Staatsleistung in Höhe von 3 Mio €. Die Verwendung dieser Mittel weist der ZdJ durch einen jährlichen Bericht eines Wirtschaftsprüfers nach, der der Bundesregierung vorzulegen ist. Die Bestimmungen des Zuwendungsrechts des Bundes sind nicht anwendbar.

<u>Zu 1.</u>

Im Sommersemester 2007 sind nach Angaben des ZdJ an der HfJS 148 und nach Angaben des AGK am AGK neun Studierende eingeschrieben gewesen.

Zu 2.

Nach Angaben des ZdJ sind mindestens 33 Studierende der HfJS jüdischen Glaubens. Für die Zulassung zum Rabbinerstudium am AGK ist die jüdische Religionszugehörigkeit zwingende Voraussetzung.

Zu 3.

Nach Angaben des ZdJ soll zum Wintersemester 2007/2008 an der HfJS ein neuer Rabbinatsstudiengang nach Bologna-Kriterien eingeführt werden. Da die Einschreibungsfrist noch nicht begonnen hat, können derzeit keine Angaben über die Zahl der künftigen Rabbinatsstudierenden gemacht werden.

Zu den derzeit am AGK eingeschriebenen neun Studierenden sind für das Wintersemester 2007/2008 weitere sieben Studierende eingeschrieben.

Zu 4.

Am AGK wurden 2006 die ersten drei Absolventen als Rabbiner ordiniert.
Nach Angaben der HfJS sind bislang zehn Absolventen der Hochschule im Anschluss an Aufbaustudien im Ausland als Rabbiner und Assistenzrabbiner verschiedener Denominationen im In- und Ausland tätig.

Zu 5<u>.</u>

Nach Angaben des AGK gehören die im Jahre 2006 ordinierten Absolventen der Central Conference of American Rabbis an. Im Übrigen liegen der Bundesregierung keine Angaben über die Zugehörigkeit von Rabbinern zu einzelnen Rabbinerorganisationen vor.

<u>Zu 6.</u>

Das AGK erhält im Haushaltsjahr 2007 eine Bundeszuwendung von 150.000 €.

Das Land Brandenburg fördert das AGK 2007 mit 50.000 €.

Der ZdJ erhält zugunsten der HfJS im Haushaltsjahr 2007 eine Bundeszuwendung von 527.000 €.

Das Land Baden-Württemberg fördert die HfJS 2007 mit 354.867 €. Die Kultusministerkonferenz fördert die HfJS 2007 mit 722.000 €, davon trägt das Land Baden-Württemberg nach dem Königsteiner Verteilungsschlüssel zwischen den Bundesländern einen Anteil von 91.306 €.

Zu 7.

Die Bundeszuwendung an den ZdJ zugunsten der HfJS ist zweckgebunden. Ob weitere Mittel des ZdJ für beide Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden, entzieht sich der Kenntnis der Bundesregierung. Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

Zu 8. und 9.

Nach Kenntnis der Bundesregierung plant der ZdJ einen Neubau der HfJS in Heidelberg. Die Kosten des als Neu- und Anbau konzipierten Projekts betragen nach Angaben des Bauherrn 4,5 Mio €.

Wegen einer Beteiligung des Bundes und des Landes Baden-Württemberg an den Kosten des Neubaus finden derzeit auf der Grundlage eines ersten Nutzungskonzeptes Gespräche statt.

Über bauliche Planungen des AGK ist der Bundesregierung nichts bekannt.

Zu 10.

Die Verwendung der staatlichen Zuschüsse an beide Einrichtungen unterliegt der üblichen Kontrolle nach dem Zuwendungsrecht.

Zu 11.

14:27

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Angaben vor.

Zu 12.

Es wird auf die Antwort zu Frage 6 verwiesen.

Zu 13.

Die Bundesregierung fördert die HfJS über eine Zuwendung an den ZdJ im Wege der Projektförderung (s. auch Vorbemerkung).

Die HfJS wird unmittelbar institutionell von der Kultusministerkonferenz und dem Land Baden-Württemberg gefördert.

Der Bundesregierung liegen zum Thema private Spenden keine Angaben vor.

Zu 14.

Das AGK wird nicht institutionell gefördert.

Nach Kenntnis der Bundesregierung soll die 2006 errichtete Leo Baeck Foundation Mittel für das AGK einwerben. Weitere Angaben liegen der Bundesregierung hierzu nicht vor.

<u>Zu 15.</u>

Nach jährlichem Rundschreiben zur Aufstellung des Haushalts wird die Ausweitung der Zahl der Zuwendungsempfänger abgelehnt. Die Aufnahme eines neuen Zuwendungsempfängers in die institutionelle Förderung wird vom Ausscheiden eines anderen Zuwendungsempfängers in einem finanziell gleichwertigen Umfang abhängig gemacht (sog. Omnibusprinzip).

zu 16.

Der Bundesregierung sind keine Überlegungen bekannt, das Internationale Auschwitz Komitee nicht mehr institutionell zu fördern.

Zu 17.

Nach Mitteilung des Landes Brandenburg liegt das in einem Gespräch am 28. April 2006 vom ZdJ und vom AGK zugesagte Konzept einer zukünftigen Rabbinerausbildung in Deutschland der Landesregierung nicht vor. Das Konzept sollte u. a. der Vorbereitung

einer möglichen Befassung der KMK mit diesem Thema dienen (vgl. Landtag Brandenburg – 4. Wahlperiode – Plenarprotokoli 4/31 – S. 2154).

<u>zu 18.</u>

Beide Einrichtungen arbeiten nach Kenntnis der Bundesregierung mit Partnerinstitutionen im In- und Ausland zusammen.

Zu 19. und 20.

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Angaben vor.

Die Yeshivas Beis Zion wird von der Bundesregierung nicht gefördert.

<u>Zu 21</u>.

An der HfJS besteht ein bundesweit einmaliger Studiengang für das Lehramt an Gymnasien im Fach jüdische Religionslehrer mit Abschluss Staatsexamen. Die HfJS plant in Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule Heidelberg eine Kooperation zur Ausbildung von Kantoren.

Der Bundesregierung ist bekannt, dass das AGK die Errichtung eines Jewish Institute of Cantorial Arts plant, der – nach eigener Darstellung – ersten europäischen Einrichtung zur Ausbildung von jüdischen Kantorinnen und Kantoren, das 2008 eröffnet werden soll.

Zu 22.

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Angaben vor.

Zu 23<u>.</u>

In Deutschland bestehen nach Kenntnis der Bundesregierung 111 jüdische Gemeinden.

Zu 24.

Nach Angaben des ZdJ sind unter dem Dach der Deutschen Rabbinerkonferenz (DRK) die Orthodoxe Rabbinerkonferenz Deutschlands (ORD) und die Allgemeine Rabbinerkonferenz (ARK) organisiert. Laut www.ordonline.de hat die ORD derzeit 24 Mitglieder. Zur Mitgliederzahl der ARK liegen der Bundesregierung keine Angaben vor.

<u>Zu 25.</u>

Der Bundesregierung ist bekannt, dass die jüdischen Gemeinden, Organisationen und Ausbildungseinrichtungen auf verschiedene Weise einen entscheidenden Beitrag zur erfolgreichen Integration der jüdischen Zuwanderer aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion leisten. Einzelheiten hierzu sind der Bundesregierung nicht bekannt.

Zu 26.

Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

Zu 27.

Eine Anpassung der Staatsleistung kann zwischen den Vertragsparteien frühestens ab dem Jahr 2008 vereinbart werden (vgl. Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Vertrages vom 27. Januar 2003). Dazu haben erste Gespräche zwischen den Vertragsparteien stattge-

Mit dem im Vertrag erklärten Selbstverständnis des ZdJ, für alle Richtungen innerhalb des Judentums offen zu sein (vgl. Artikel 1 Satz 1 des Vertrages), verbindet die Bundesregierung auch in Zukunft die Erwartung, dass die vereinbarten Leistungen der gesamten jüdischen Gemeinschaft zugute kommen.